



Schilderflut im Westen: So wurde auf westdeutschem Gebiet vor der Zonengrenze gewarnt. Zu sehen im Grenzmuseum Schiffersgrund bei Asbach-Sickenberg.

SILVANA TISMER

# Zonenrandgebiet als innerdeutscher Streitfall

Historikerin Astrid Eckert blickt auf die westdeutsche Peripherie zu Zeiten der Teilung. Zwei Vorträge in Grenz Museen

Gerlinde Sommer

Asbach-Sickenberg/Teistungen.

Zonenrandgebiet? Der Name war eine Provokation. Doch er hatte sich längst eingebürgert, als im Rahmen des Grundlagenvertrags zu Willy Brandts Zeiten der DDR-Unterhändler Michael Kohl eben jene Bezeichnung anprangerte. Regierungsamtlich wurde ab 1973 vom „Grenzgebiet zur DDR“ gesprochen. Im Westen aber blieb umgangssprachlich dieser 40 Kilometer breite Streifen entlang der innerdeutschen Grenze von der Ostsee bis zum bayerischen Grenzraum zur CSSR Zonenrandgebiet; ein Bereich, der besondere Förderung erhielt und Grenztouristen anlockte.

Was es mit diesem alles in allem ziemlich großflächigen, wenn auch schmalen Stück Deutschland auf sich hat, ist das Thema von Astrid M. Eckert: „Man kann den Raum am besten als Subventionsfläche verstehen.“ Eckert ist eine deutsch-amerikanische Historikerin und hat mit dem Buch „Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserne Vorhang“ – jüngst erschienen im Ch. Links Verlag – „eine verdienstvolle und wegweisende Pio-

nierstudie vorgelegt, die fortan zur Standardliteratur der deutsch-deutschen Teilungsgeschichte gehören dürfte“. So würdigt Christian Stöber, der Leiter des Grenz museums Schiffersgrund, Eckerts Arbeit.

Dass das Grenzland auf der westdeutschen Seite gut gefördert wurde, verdankte es „Grenzlandfürsprechern“, wie Eckert sie nennt. Diese instrumentalisierten den Antikommunismus der frühen Bundesrepublik, um ihren Regionen bevorzugte Aufmerksamkeit zu verschaffen. Ihre Strategie: Anstatt allein mit wirtschaftlichen Problemen zu argumentieren, hoben Vertreter der Kammern, Unternehmer, Bürgermeister und Abgeordnete das Alleinstellungsmerkmal als Grenze zum ideologischen Gegner des Kalten Krieges hervor.

Die westdeutschen Landstriche entlang der Demarkationslinie „Zonenrandgebiet“ zu nennen, erinnerte die Bürger der Bundesrepublik gleichzeitig daran, dass diese Regionen als Produkt der Teilung unverschuldet in eine Abseitsposition geraten waren und deshalb einen moralischen Anspruch auf die Solidarität des ganzen Landes hatten, schätzt Eckert ein. Mit dem



So wie die Grenze auf westlicher Seite präsentiert wurde, ermunterte sie ja geradewegs dazu, zwischen „hüben“ und „drüben“ zu unterscheiden.

Astrid M. Eckert, Historikerin

beginnenden Wirtschaftswunder erhielten Unternehmer im Grenzland Umsiedlungsangebote aus Boomregionen. Auch Fachkräfte wanderten weiter nach Westen oder Süden ab; die Arbeitslosigkeit im Grenzland selbst blieb hoch, und die Grenzlandvertreter beklagten sich recht bitter über die mangelnde

Solidarität im neuen westdeutschen Staat, stellt Eckert im Rückblick fest. Zugleich spielte für sie die Lage auf der anderen Seite der innerdeutschen Grenze kaum eine Rolle. Entzerrung und Kollektivierung bei den vormaligen Nachbarn seien kaum thematisiert oder beklagt worden, macht Eckert deutlich.

Sie hat für ihr Buch nicht nur mit zahlreichen Zeitzeugen gesprochen, sondern auch Archivbestände und private Sammlungen eingesehen und ausgewertet. Von einer hervorragenden Recherche spricht Stöber in diesem Zusammenhang und würdigt zugleich das gut lesbare Buch der Historikerin.

Worin genau bestand die Zonenrandförderung? Eckert spricht von einem „bunten Strauß von Fördermaßnahmen: Frachthilfe wegen verlängerter Transportwege, bevorzugte Auftragsvergabe an Unternehmen, Steuervergünstigungen, Kreditbürgschaften und direkte Zuschussungen“. Hinzu kamen Ende der 1960er-Jahre Investitionszulage und Kulturförderung – und das ist nur ein Auszug aus den Möglichkeiten, die sich boten. Ursprünglich sollten industrielle Arbeitsplätze im Zonenrandgebiet erhalten oder ge-

schaffen werden. „In den 1970er- und 1980er-Jahren machte die Zonenrandförderung allerdings eher mit Fehlanreizen von sich reden und verlor außerhalb der Grenzregionen massiv an Akzeptanz.“ So löste die Investitionszulage an der Ostsee, im Harz und im Bayerischen Wald einen Bauboom aus: Hotelklötze und Zweitwohnungen entstanden. Derweil habe der Anblick der immer stärker befestigten Grenze kaum den Eindruck vermittelt, dass sich die Lage irgendwann ändern könnte. „Deshalb argumentiere ich, dass der Grenztourismus über die Jahre eher dazu beigetragen hat, Grenze und Teilung als Ist-Zustand, als festen Bestandteil der Nachkriegsordnung zu akzeptieren“, erläutert die Historikerin. Um den Grenzlandtourismus wird es vor allem bei Eckerts Termin im Grenz museum Schiffersgrund gehen. Im Grenzlandmuseum Eichsfeld stehen die wirtschaftlichen Folgen der Teilung im Mittelpunkt.

Donnerstag, 30. Juni, Grenz museum Schiffersgrund bei Asbach-Sickenberg; Freitag, 1. Juli, Grenzlandmuseum Eichsfeld, Teistungen; Beginn jeweils 19 Uhr

## Polizei sucht Zeugen und Bilder vom Absturz

Derzeit gehen die Ermittler von tragischem Fallschirm-Unglück aus

Kai Mudra

Eisenach. Die Polizei in Eisenach bittet Zeugen des tödlichen Unfalls bei einem Tandemsprung am Samstag auf dem Flugplatz Kindel, sich zu melden. Auch Videos oder Fotos des Sprungs würden den Ermittlern weiterhelfen, heißt es in einer Mitteilung der Landespolizeiinspektion Gotha vom Dienstag.

Die Ermittlungen habe die Kriminalpolizei Eisenach übernommen, sagte eine Sprecherin dieser Zeitung. Die Polizei gehe derzeit von einem tragischen Unglück aus. Aktuell werde ein Todesermittlungsverfahren geführt, um die Ursache für den Unfall zu klären. Ein solches Vorgehen ist unter anderem üblich, wenn keine Anhaltspunkte für eine Straftat vorliegen.

Samstagmittag war ein 14-Jähriger bei einem Tandemsprung tödlich verunglückt. Sein 46 Jahre alter Tandemmaster erlitt schwere Verletzungen, als ihr Schirm laut Polizei ins Taumeln geriet und beide auf eine Wiese neben dem Flugplatz stürzten. Zeugen wollen gesehen haben, dass die Springer unerwartet an zwei Fallschirmkappen hingen.

Für Tandemsprünge gebe es keine festen Altersfreigaben, erklärt Ralph Schusser dieser Zeitung. Der Geschäftsführer des Deutschen Fallschirmsportverbandes (DFV) verweist darauf, dass der Gast sicher in das Gurtsystem passen müsse. Das Tandemteam dürfe zudem das vorgeschriebene Höchstgewicht für den Fallschirm nicht überschreiten. Auch seien Sprünge unmittelbar nach Tauchgängen oder Knochenbrüchen nicht zulässig.

Tandemsprünge seien in Deutschland sicher, betont der Experte, der selber mehr als 4000 Fallschirmsprünge absolviert hat. Jährlich gebe es hierzulande zwischen 40.000 und 60.000 Sprünge mit Gästen. 19 Jahre lang habe es dabei in Deutschland keinen tödlichen Unfall mehr gegeben.

Der Fallschirmsportverein am Eisenacher Flugplatz Kindel hat bis einschließlich Freitag seinen Sprungbetrieb eingestellt. 2019 starb auf dem Kindel ein 61 Jahre alter Fallschirmspringer, nachdem er bei einem Gruppensprung mit einer Springerin zusammengedrallt war.

## Telefonforum zu häuslicher Pflege

Erfurt. Um die Leistung pflegender Angehörigen zu würdigen und auf Hilfsangebote aufmerksam zu machen, findet vom 4. bis 10. Juli die Thüringer Woche der pflegenden Angehörigen statt. Im Vorfeld beantworten Experten bei einem Telefonforum am Donnerstag, 30. Juni, von 10 bis 12 Uhr Fragen der Leser zum Thema. Sie erreichen unter

**0361/227 5801** Stefanie Kette, Koordinatorin vom Pflegenetz des Landkreises Sömmerda, zu Entlastungsangeboten, Leistungsansprüchen und Antragstellung,

**0361/227 5802** Marc Reifschneider, Pflegeberater der AOK Plus, zu Leistungen der Pflegeversicherung, zur Beantragung eines Pflegegrads und zur Begutachtung durch den Medizinischen Dienst,

**0361/227 5803** Heidi Kaul, Sachbearbeiterin Service-Generation der Stadt Gera, zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten und alternative Wohnformen. red

# Klimawandel bedroht historische Parks

Baumverluste in Anlagen der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten. Zusätzlichen Kosten für Pflegeaufwand und Nachpflanzungen

Matthias Thüsing

Rudolstadt. Der Klimawandel gefährdet historische Parkanlagen in Thüringen. Zwischen 2018 und 2020 seien dreimal mehr Baumverluste in den Anlagen der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten als im Durchschnitt der Vorjahre gezählt worden, sagte Stiftungssprecher Franz Nagel.

Die zusätzlichen Kosten für erhöhten Pflegeaufwand und Nachpflanzungen beliefen sich dabei auf 1,6 Millionen Euro.

Besonders anfällig sei der Schlosspark Altenstein im nordwestlichen Thüringer Wald. Stürme, starke Regenfälle aber auch



Verluste im historischen Baumbestand gibt es vor allem im Schlosspark Altenstein (Wartburgkreis).

MARTIN SCHUTT/ DPA

plötzliche Wintereinbrüche hätten sich in Häufigkeit und Intensität zuletzt deutlich verstärkt. Verluste im historischen Baumbestand seien die Folge gewesen.

Starke Regenfälle würden immer häufiger das 20 Kilometer lange Wegesystem schädigen.

Im Herzoglichen Park Gotha sei dagegen die Trockenheit das drängendste Problem. Die Gehölze würden zunehmend mit Wachstumsproblemen reagieren, zeigten sich anfällig für Schädlinge und könnten zum Totalausfall ganzer Arten führen. Das beeinträchtigt das originale Artenspektrum im Park. Kern der Gartenkmalpflege sei der Erhalt von Kunstwerken aus leben-

dem Material, so Stiftungssprecher Franz Nagel.

Durch Klimafolgeschäden würden sich jedoch die Arbeitseinsätze der Parkpfleger verlagern. Bedroht seien deren gartenkmalpflegerische Aufgaben wie die Wiederherstellung historischer Gestaltungszustände. Es werde inzwischen verstärkt darauf geachtet, genetisch in dem jeweiligen Park passende Exemplare einer Baumart nachzupflanzen.

Die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten mit Sitz in Rudolstadt ist Eigentümerin von 31 historischen Schlössern, Burgen und Klöstern sowie zwölf damit verbundenen Parkanlagen. epd